



7.1. Ein Mitglied kann, nachdem ihm Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist, aus wichtigem Grund vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden, insbesondere wegen:

- a) vereinschädigenden Verhaltens,
- b) grober oder wiederholter Verstöße gegen die Satzung,
- c) jeweilige Nichtzahlung von mindestens zwei Mitgliedsbeiträgen, Sonderbeiträgen oder Umlagen trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung. Der Ausschluss darf erst beschlossen werden, wenn in der zweiten Mahnung der Ausschluss angedroht wurde und dem Mitglied eine angemessene Frist zur Zahlung eingeräumt wurde.

7.2. Wenn ein Mitglied schuldhaft gegen die Satzung oder Anordnungen der Vereinsorgane verstößt, können nach vorheriger Anhörung vom Vorstand folgende Maßnahmen verhängt werden:

- a) Ermahnung,
- b) Verwarnung,
- c) Verweis,
- d) Geldstrafe bis zu 1000, – €,
- e) zeitlich begrenztes Verbot der Teilnahme am Sportbetrieb und an den Veranstaltungen des Vereins,
- f) Hausverbot.

7.3. Die Ordnungsmaßnahmen sind mit einer Begründung zu versehen.

7.4. Gegen die Ablehnung der Aufnahme und gegen alle Straf- und Ordnungsmaßnahmen ist Einspruch zulässig. Dieser ist innerhalb von einem Monat nach Zugang der Entscheidung beim Vorstand einzulegen. Über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung. Bis zur endgültigen Entscheidung der Mitgliederversammlung ruhen die Mitgliedschaftsrechte des betroffenen Mitglieds, soweit sie von der Entscheidung des Vorstands berührt sind.

## § 8 Geschäftsjahr

8.1. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

## § 9 Organe des Vereins

9.1. Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

## § 10 Mitgliederversammlung

10.1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.

10.2. Die Mitgliederversammlung ist von dem/der Vorsitzenden, im Verhinderungsfall von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, mindestens einmal in zwei Jahren abzuhalten. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung schriftlich mindestens 14 Tage vor der

Versammlung.

An Stelle einer Mitgliederversammlung nach Abs. 1 kann zu einer virtuellen Mitgliederversammlung einberufen werden. Die virtuelle Mitgliederversammlung ist gegenüber der präsenten Mitgliederversammlung nach Abs. 1 nachrangig. Der Vorstand entscheidet hierüber nach seinem Ermessen und teilt dies den Mitgliedern in der Einladung mit. Virtuelle Mitgliederversammlungen finden in einem nur für Mitglieder zugänglichen Chatroom oder per Video oder Telefonkonferenz statt. Die Mitglieder erhalten hierfür rechtzeitig ein Passwort. Die sonstigen Bedingungen der virtuellen Mitgliederversammlung richten sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Mitgliederversammlung. Eine virtuelle Mitgliederversammlung über die Auflösung des Vereins ist unzulässig.

Der Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 10 % der Mitglieder dies verlangen. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Einladungsformalien der ordentlichen Mitgliederversammlung. Die Einladung erfolgt elektronisch per Zustellung an die letzte bekannte Email des Mitgliedes.

10.3. Jedem volljährigen Mitglied steht eine Stimme zu. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.

10.4. Mitglied kann bis 7 Tage vor der Mitgliederversammlung Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung schriftlich beim Vorstand einreichen.

10.5. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

10.6. Die Entscheidungen der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Die Entscheidung über die Auflösung des Vereins sowie über Satzungsänderungen ist mit 2/3 – Mehrheit zu fällen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben und werden nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

10.7. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von dem/der Versammlungsleiter/in und von dem/der Protokollführer/in (von der Mitgliederversammlung gewählt) zu unterzeichnen und muss von der nächsten Versammlung genehmigt werden.

10.8. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für die folgenden Angelegenheiten zuständig:

- a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Kalenderjahr
- b) Feststellung der Jahresrechnung



- c) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes
- d) Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer
- e) Entlastung und Wahl des Vorstandes
- f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins
- g) Beschlussfassung über Ordnungen und deren Änderungen
- h) wesentliche Zielsetzungen des Vereins
- i) über vorliegende Anträge und Einsprüche

## § 11 Vorstand

11.1. Der Vorstand des Vereins besteht aus:

- a) dem/der Vorsitzenden
- b) dem/der stellvertretenden Vorsitzenden
- c) dem/der Schatzmeister/in

11.2. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorstand vertreten.

11.3. Der Vorstand wird durch die Mitgliederversammlung für fünf Jahre gewählt. Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer gewählt ist. Die mehrfache Wiederwahl ist möglich. Bei vorzeitigem Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern sind Nachwahlen durchzuführen. Bis zur Nachwahl ist eine kommissarische Bestellung durch den verbliebenen Vorstand zulässig

11.4. Der/die Vorsitzende, im Verhinderungsfall der/die stellvertretende Vorsitzende, beruft und leitet die Sitzung des Vorstandes. Er/Sie ist verpflichtet, den Vorstand einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder aber, wenn dies von der Mehrheit der Vorstandsmitglieder verlangt wird.

11.5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dieser Verfahrensweise zustimmen.

11.6. Der Vorstand kann zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben Abteilungen oder Ausschüsse einrichten, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen und beraten. Diese geben sich für ihre Tätigkeit eine Ordnung

11.7. Sollte das Maß der ehrenamtlichen Tätigkeit nicht mehr zumutbar sein, kann sich der Vorstand hauptberuflichen Kräften bedienen.

## § 12 Gesetzliche Vertretung

12.1. „Alle Vorstandsmitglieder sind Vorstand im Sinne des § 26 BGB mit der Maßgabe, dass jeder von ihnen berechtigt ist, den Verein allein zu vertreten.“

## § 13 Geschäftsstelle

13.1. Der Verein kann unabhängig vom Vereinssitz

eine oder mehrere Geschäftsstellen betreiben. Über die Einrichtung einer Geschäftsstelle entscheidet die Mitgliederversammlung (oder „der Vorstand“) durch Beschluss.

## § 14 Auflösung des Vereins

14.1. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen an die Deutsche Krebshilfe e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Als Liquidatoren werden der/die Vorsitzende und ein/e Stellvertreter/in bestellt. Beschlossen auf der Gründungsversammlung des Vereines am 18.01.2016

Geändert auf der Mitgliederversammlung am 20.01.2023